



# Medienmitteilung

Datum 11.09.2017

---

## Fachtagung zur Debattierung der Muslimfeindlichkeit

In den letzten Jahren hat sich das Bild des Islam sowie der Musliminnen und Muslime in der Schweiz stark gewandelt. 300 Personen kamen am Montag, 11. September 2017, in Freiburg zusammen und befassten sich mit dem Thema „Muslimfeindlichkeit“. Die Fachtagung wurde von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR, vom Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft der Universität Freiburg SZIG und vom Zentrum Religionsforschung der Universität Luzern ZRF gemeinsam organisiert. Anhand von verschiedenen Studien und Beobachtungen aus der Praxis zeigten die Referentinnen und Referenten die Entwicklung der öffentlichen Debatte sowie die gegenwärtige Sicht auf die Musliminnen und Muslime in der Schweiz auf.

An der Fachtagung „Muslimfeindlichkeit: Gesellschaft, Medien und Politik“, die sich an Expertinnen und Experten, Fachpersonen aus der Praxis sowie Angehörige der Zivilgesellschaft richtete, wurden folgende Fragen zur Diskussion gestellt: Was ist unter „Muslimfeindlichkeit“ zu verstehen? Wer sind die Musliminnen und Muslime in der Schweiz? Wie werden sie in der politischen Debatte und in den Medien dargestellt? Wie lassen sich die Vor- und Pauschalurteile gegenüber dem Islam und den Musliminnen und Muslimen abbauen?

In seiner unterstützenden Botschaft warnte Bundesrat Alain Berset, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern EDI, vor einer Vermischung von Islam und Terrorismus: „Heute gilt es, ganz besonders skrupulös zu unterscheiden zwischen legitimer Diskussion über Werte und Haltungen einerseits und Muslimfeindlichkeit andererseits – also auch einer Haltung, die den Islam verantwortlich macht für sämtliche extremistischen Taten, die in seinem Namen begangen werden“.

Professor Hansjörg Schmid, Direktor des SZIG, erinnerte, dass die Muslimfeindlichkeit die Gesellschaft polarisiere und wies auf das Risiko hin, dass Musliminnen und Muslime oft auf ihre Religion reduziert würden. Er forderte die Anwesenden auf, Muslime und Musliminnen auch aus dem Blickwinkel ihrer gesellschaftlichen Beteiligung wahrzunehmen.

Professor Martin Baumann, Leiter des Seminars für Religionswissenschaften an der Universität Luzern, verwies auf die Sicht der jungen Musliminnen und Muslime in der Schweiz: „Sie erhoffen sich, dass Islam und Muslime in Staat und Gesellschaft als Teil der Schweiz wahrgenommen werden; dass sie sich als vollgültiger Teil der Gesellschaft fühlen dürfen, ohne die muslimische Seite ihrer Identität verstecken zu müssen. Sie fordern dazu von muslimischen Gemeinschaften und Verbänden, sich stärker zu öffnen und vermehrt gesellschaftlich zu engagieren, um das Bild und die Wahrnehmung des Islams positiv zu verändern“.

Alma Wiecken, Juristin im Sekretariat der EKR und Amina Benkais-Benbrahim, Integrationsdelegierte des Kantons Waadt, machen dies in ihrer Feldarbeit deutlich: „Feindselige und diskriminierende Verhalten, die ausschliesslich in der religiösen Identität gründen, sind real und weisen die Besonderheit auf, dass sie sich vor dem Hintergrund eines immer sensibleren globalen Kontexts, der in der Aufnahmegesellschaft Fragen und ernstzunehmende Ängste hervorruft, verschärft haben“.

Professor Wolfgang Benz von der Technischen Universität Berlin, äusserte sich in seinem Referat zur Begriffsklärung der Muslimfeindlichkeit: „Zu definieren ist das aktuelle Phänomen Islamfeindschaft als Ressentiment gegen eine Minderheit von Bürgern bzw. in unserer Gesellschaft lebender Menschen, die mit religiösen, kulturellen und politischen Argumenten diskriminiert und ausgegrenzt werden, weil sie Muslime sind“. Er fügte an, dass das Paradigma des Antisemitismus eine hilfreiche Erklärung biete, um das Verhalten gewisser Gruppierungen gegenüber Muslimen zu erklären“.

Mallory Schneuwly Purdie, Forschungsleiterin am SZIG, forderte dazu auf, den Blickwinkel zu ändern und die Augen für die verschiedenen Zugehörigkeiten der Musliminnen und Muslime in der Schweiz zu öffnen. Sie wies darauf hin, dass eine Reduzierung dieser Menschen auf die Religion allein zu einer Kategorisierung und Rassifizierung ihres Handelns und ihrer Präsenz beiträgt. Professor Samuel M. Behloul von der Universität Luzern erklärte, dass Migration zu einer historisch einmaligen religiös-kulturellen und sprachlichen Vielfalt innerhalb ein und derselben Religionsgemeinschaft in ein und demselben Lebenskontext führen könne.

Im Rahmen einer von der EKR in Auftrag gegebenen Studie untersuchte das fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich, wie intensiv und auf welche Weise 18 Schweizer Medien im Zeitraum von 2009 bis 2017 über Musliminnen und Muslime berichteten. Hierzu erfasste das fög namentlich die Vielfalt der thematischen Kontexte, den Berichterstattungsstil und die Vermittlung von Hintergrundwissen. Hierzu sagte der Autor der Studie, Patrik Ettinger: „Über die Themen Radikalisierung und Terror wird deutlich weniger pauschalisierend berichtet, hingegen gibt es mehr pauschalisierende Aussagen in der Berichterstattung zur Ausübung der Religion, zu Diskriminierung und nicht-möglicher Integration. Resonanz in den Medien erzielen vor allem muslimische Akteure, die polarisierende Positionen vertreten“.

Oliver Wäckerlig von der Universität Zürich referierte zu islamfeindlichen Netzwerken: „Globale islamfeindliche Netzwerke verbreiten auf dieser Grundlage Verschwörungstheorien über unterstellte islamische Unterwanderungs- bzw. Eroberungsabsichten, die vermischt mit der Angst vor Terroranschlägen in die westliche Gesellschaft hineinwirken. Sie streben nach Einflussnahme auf die Politik und legen eine zunehmende Professionalisierung an den Tag“.

Die Thematisierung der Musliminnen und Muslime in der politischen Diskussion wurde von Matteo Gianni behandelt. „Die ständige Politisierung des Islam und der Musliminnen und Muslime äussert sich für diese in einem Zwang zur Integration, der das Potenzial derselben symbolisch verringert. Es ist daher wichtig, ein politisches und demokratisches Konzept für die Integration der Musliminnen und Muslime und ganz allgemein für ein Zusammenleben, bei dem die Freiheiten und Eigenheiten aller respektiert werden, zu entwerfen“, führte der Professor der Universität Genf aus.

Anlässlich der Podiumsdiskussion mit einigen Vertretern aus der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz (Nida-Errahman Ajmi, Abduselam Halilovic, Montassar BenMrad, Rifa'at Lenzin), wurde ein klärender und differenzierender Austausch ermöglicht über die realen Lebensbedingungen von Musliminnen und Muslimen in der Schweiz jenseits von Klischees.

Wolfgang Bürgstein und Professor Frank Mathwig, Kommissionsmitglieder der EKR, warfen in ihren Beobachtungen zur Tagung die Frage auf: „Sind unsere Wahrnehmung von und unser Umgang mit Muslimen nicht in erster Linie Ausdruck unserer eigenen Verunsicherung gegenüber westlichen kulturellen und religiösen Traditionen angesichts von Globalisierung, Konsumismus, Liberalismus?“

In ihrer Schlussrede hielt die Präsidentin der EKR, Martine Brunshawig Graf, fest, dass die Wahl des Tagungsthemas selbst Anlass zu Diskussionen gab. „Das zeigt, wie wichtig es ist, die Frage der Muslimfeindlichkeit deutlich anzusprechen, und zwar unter verschiedenen Blickwinkeln, um die Mittel zur Bekämpfung und zur Prävention besser zu erkennen“. Die EKR wird den Dialog mit den verschiedenen von der Problematik betroffenen Akteuren der Gesellschaft – Vereinigungen, öffentliche Hand, politische Parteien, Medien, Forschende – weiterführen.

Der Umstand, dass die Fachtagung am 11. September stattfand, bot der EKR Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass Verbrechen, die Terroristen im Namen des Islam begehen, verurteilt, die Täter verfolgt und bestraft und die Opfer in ehrender Erinnerung behalten werden müssen. Doch Verbrechen, denen so viele unschuldige Menschen zum Opfer fallen, dürfen nicht als Vorwand dienen, um eine Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit abzulehnen. Die in der Schweiz lebenden Musliminnen und Muslime haben gemäss dem in der Bundesverfassung und in der Gesetzgebung verankerten Gleichbehandlungsprinzip dieselben Rechte und Pflichten wie alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes. Daher haben sie wie alle Recht auf Respekt und Würde.

#### **Adresse für Rückfragen:**

Martine Brunshawig Graf, Präsidentin EKR, 079 507 38 00, [martine@brunshawigggraf.ch](mailto:martine@brunshawigggraf.ch)

Gülcan Akkaya, Vizepräsidentin EKR, 079 554 22 49, [quelcan.akkaya@hslu.ch](mailto:quelcan.akkaya@hslu.ch)

Rifa'at Lenzin, Mitglied EKR, 079 459 90 76, [rifaat.lenzin@bluewin.ch](mailto:rifaat.lenzin@bluewin.ch)